



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Montag, 8. Januar 2024
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:33 Uhr
Sitzungsende öffentlicher Teil: 21:04 Uhr
Ort: Vereinsraum Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Elbert Andreas
Gemeinderat	Günther Sven
Gemeinderat	Hofmann Reinhold
Gemeinderat	Lang Johannes
Gemeinderat	Mödl Maximilian
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana
Gemeinderat	Schwalbe Tobias
Gemeinderat	Seefried Holger
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg
Gemeinderat	Stoll Marcus

nimmt ab TOP 02.1 als Mitglied des
Gemeinderates an der Sitzung teil

Entschuldigt:

Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline
------------------------	--------------

Schriftführer/-in:

GLBin	Heike Thoma
-------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
------------	---

- 01.** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
- 02.** Entscheidung über das Nachrücken des Listennachfolgers Herrn Tobias Schwalbe (Art. 48 Abs. 3 Satz 2 GLKrWG)
- 02.01** Vereidigung des Gemeinderates Tobias Schwalbe
- 03.** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2023 (öffentlicher Teil)
- 04.** Neubesetzung von Sitzen und Stellvertretern in verschiedenen Ausschüssen
- 04.01** Neubesetzung Ausschussvorsitz Rechnungsprüfungsausschuss
- 04.02** Neubesetzung / Delegation eines Vertreters in zwei Abwasserverbänden etc.
- 05.** Umstellung der restlichen 150 Leuchten (Straßenbeleuchtung) auf LED
- 06.** Ergebnisse der Elternumfrage zur AWO Ferienbetreuung 2024
- 07.** Übernahme der Trägerschaft der Nachbarschaftshilfe (NBH) durch die Gemeinde
- 08.** Antrag XXXXXX: Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen im Mitteilungsblatt der Gemeinde
- 09.** Antrag der Fraktion "SPD und PB": Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen im Mitteilungsblatt der Gemeinde
- 10.** Informationen des Ersten Bürgermeisters
- 10.01** Information: Vergabe Streusalzsilo Winterdienst
- 10.02** Information: Kommunale Wärmeplanung
- 10.03** Information zum Legionellenbefall in der Jakobstalhalle
- 10.04** Information - Kostenvergleich zum TOP "Installation eines hauptamtlichen Bürgermeisters" in der Sitzung vom 12.12.2023
- 10.05** Information: Zeitweise Überlassung der Parkflächen an der Jakobstalhalle an das Autohaus Henneberger
- 10.06** Information: Immobilie Randersackerer Straße 1 zur Unterbringung von Geflüchteten
- 10.07** Information: Nächste Gemeinderatssitzung
- 11.** Fragen aus dem Gemeinderat
- 11.01** Fragen aus dem Gemeinderat: Ausübung des Vorkaufsrechts für ein Grundstück in unmittelbarer Rathausnähe?

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:33 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 001	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Auf telefonische Nachfrage am 02.01.2024 hatte die (ehem.) Fraktion „SPD und PB“ erklärt, dass sie zeitlich erst nach der heutigen Gemeinderatssitzung tagen wird; dies wurde vorgezogen, für die Bestellung von Ausschussmitgliedern wurden am 07.01.2024 Personen vorgeschlagen.

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass es ursprüngliches Ziel war, die Besetzung der Ausschüsse in der Februar-Sitzung zu behandeln und den TOP 4 mit Unterpunkten entsprechend zu vertragen.

Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende für die neue Fraktion „SPD, PB und FDP“ i. Gr. mit Mail vom Sonntag, 07.01.2024, 23:49 Uhr, die Personen für die zu besetzenden Ausschusssitze benannt hatte, traf Erster Bürgermeister Herpich am Sitzungstag vormittags die Entscheidung, die Beschlussvorschläge entsprechend zu ergänzen und am Abend final über die Besetzung der Ausschüsse etc. beraten und abstimmen zu lassen.

Die Beschlussempfehlungen wurden entsprechend fortgeschrieben.

Die Kommunalaufsicht beim Landratsamt Würzburg hat jedoch am Nachmittag des 08.01.2024 aufgrund eines Anrufs von Gemeinderat Bernd Endres, Fraktion „SPD, PB und FDP“ i. Gr., eine neue Stellungnahme abgegeben, die viele Fragen um die Bildung einer neuen Fraktion im Gemeinderat aufwirft.

Erster Bürgermeister Herpich schlägt deshalb vor, die Tagesordnungspunkte 04, 04.1 und 04.2 zu vertragen.

Diskussionsverlauf:

Der Fraktionsvorsitzende der neuen Fraktion „SPD, PB und FDP“ i. Gr. teilt mit, dass keine Ausschussgemeinschaft mit der FDP vorliege; sein Anruf bei der Kommunalaufsicht habe ergeben, dass keine Hindernisse für die Neubildung der Fraktion bestünden.

Erster Bürgermeister zitiert aus der Stellungnahme der Kommunalaufsicht vom 08.01.2024:
„Ausgehend vom u. g., von Ihnen übersandten Ergebnis der GR-Wahl 2020 waren bzw. sind seit Beginn der aktuellen Wahlzeit des GR vier Wahlvorschlagsträger im GR Theilheim vertreten (CSU, SPD u. FB, FDP, MTG). Bei dem von Ihnen in u. g. E-Mail erwähnten „Austritt“ des GRM Mödl aus der Fraktion „MTG“ wäre daher zunächst zu klären, ob GRM Mödl zuvor seit Beginn der Wahlzeit des GR 2020 wirksam in die MTG-Fraktion eingetreten ist. Dann wäre seither die FDP nicht mehr im GR vertreten, sondern nur noch die drei folgenden Gruppierungen: CSU, SPD u. PB sowie MTG (vgl. Anlage 1). Andernfalls wären bisher noch die vier 2020 in den GR gewählten Gruppierungen im GR vertreten gewesen (vgl. Anlage 2). Zu den Anforderungen an einen

Fraktionswechsel sei auf die u. g. E-Mail von XXXXXXXX verwiesen; vgl. außerdem Prandl/Zimmermann/Büchner/Pahlke, Kommunalrecht in Bayern, Erl. 9.1 zu Art. 33 GO). In einem nächsten Schritt wäre dann zu klären, ob GRM Mödl nunmehr wirksam aus der Fraktion „MTG“ ausgetreten ist und in die Fraktion „SPD u. PB“ eingetreten ist oder aber nun (wieder) als „Einzelkämpfer“ im GR sitzt. Falls er im Ergebnis der o. g. Prüfung nie wirksam bei der Fraktion „MTG“ eingetreten ist, entfielen dieser Schritt, dann wäre die FDP bisher noch im GR vertreten gewesen und wäre im Falle eines nun wirksamen Eintritts des GRM Mödl bei der Fraktion „SPD u. PB“ künftig nicht mehr im GR vertreten (vgl. Anlage 3). Auch hier sei auf die Ausführungen von XXXXXXXX verwiesen.

Im Gegensatz dazu ist Bildung einer sog. Ausschussgemeinschaft i. S. d. Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO durch GRM Mödl/die FDP mit der Fraktion „SPD u. PB“ ist – wie im Übrigen auch mit der MTG-Fraktion – nicht möglich, da dieses Instrument nur Gruppierungen zusteht, die für sich genommen nicht ausschussfähig sind, es könne also nur „Kleine mit Kleinen“ eine Ausschussgemeinschaft bilden; Folge einer Ausschussgemeinschaft ist auch, dass die betreffenden Gruppierungen nach wie vor im GR als eigenständige Gruppierung vertreten bleiben (vgl. a. a. O., Erl. 7 zu Art. 33 GO). Die Frage, ob ein Fraktionswechsel/-eintritt oder nur eine Ausschussgemeinschaft vorliegt, ist im Übrigen auch für die Frage bedeutsam, ob der betreffende Wahlvorschlagsträger bei der nächsten GR-Wahl als neuer Wahlvorschlagsträger gilt und ggf. Unterstützungsunterschriften benötigt (vgl. Art. 24 Abs. 1 Satz 3 GLKrWG i. V. m. Art. 27 GLKrWG).“

Der Vorgang habe u. U. Auswirkungen auf die nächsten Kommunalwahlen; die rechtlichen Auswirkungen sind daher abzu prüfen. Es gebe wechselseitige Implikationen, die Gemeinde sollte keine Fehler begehen.

Ob die Ausschüsse in ihrer bisherigen Zusammensetzung ordnungsgemäß beraten und beschließen können, ist noch abzu prüfen.

Bei unrichtiger Ausschussbesetzung bleibt die Wirksamkeit bisher gefasster Beschlüsse bzw. vorgenommener Abstimmungen entsprechend dem Rechtsgedanken des Art. 50 Abs. 5 GLKrWG unberührt.

Der Stv. Fraktionsvorsitzende der neuen Fraktion „SPD, PB und FDP“ i. Gr. hätte das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 08.01.2024 vorliegen haben wollen und kritisiert den Stil des Ersten Bürgermeisters: Er verstehe nicht, weshalb der TOP komplett vertagt werden solle. Der FDP stehe schließlich originär ein Ausschusssitz in Ausschüssen mit 6 Sitzen zu.

Es wird kritisiert, dass TOP 09 nicht richtig benannt wurde; Antragssteller sei nicht Bernd Endres, sondern die Fraktion „SPD und PB“. Erster Bürgermeister Herpich entschuldigt sich dafür: Das Rathaus habe seinen Betrieb erst am 02.01.2024 wieder aufgenommen, die Sitzungseinladung musste am 03.01.2024 auslaufen.

Der Stv. Fraktionsvorsitzende der neuen Fraktion „SPD, PB und FDP“ i. Gr. beantragt, über TOP 04 (Neubesetzung von Sitzen und Stellvertretern in verschiedenen Ausschüssen) zu beraten und zu beschließen und maximal die Tagesordnungspunkte TOP 04.1 (Neubesetzung Ausschussvorsitz Rechnungsprüfungsausschuss) und TOP 04.2 (Neubesetzung / Delegation eines Vertreters in zwei Abwasserverbänden etc.) zu vertagen. Er stellt Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung.

Beschluss 1:

- Der Tagesordnungspunkt TOP 04 (Neubesetzung von Sitzen und Stellvertretern in verschiedenen Ausschüssen) wird auf der Tagesordnung belassen.

Die Tagesordnungspunkte

- TOP 04.1 (Neubesetzung Ausschussvorsitz Rechnungsprüfungsausschuss) und
- TOP 04.2 (Neubesetzung / Delegation eines Vertreters in zwei Abwasserverbänden etc.)

werden vertagt.

Abstimmungsergebnis: 3 : 10

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss 2:

Die Tagesordnungspunkte

- TOP 04 (Neubesetzung von Sitzen und Stellvertretern in verschiedenen Ausschüssen)
- TOP 04.1 (Neubesetzung Ausschussvorsitz Rechnungsprüfungsausschuss) und
- TOP 04.2 (Neubesetzung / Delegation eines Vertreters in zwei Abwasserverbänden etc.)

werden vertagt.

Der Tagesordnungspunkt 09 erhält die Bezeichnung: „Antrag der Fraktion "SPD und PB": Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen im Mitteilungsblatt der Gemeinde“.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

TOP 02.	Entscheidung über das Nachrücken des Listennachfolgers Herrn Tobias Schwalbe (Art. 48 Abs. 3 Satz 2 GLKrWG)
Lfd. Nr. 002	

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 12.12.2023 die Niederlegung des Amtes „Gemeinderatsmitglied“ durch Frau Marita B. Gläßel festgestellt und entscheidet heute über das Nachrücken des Listennachfolgers.

Erster Bürgermeister Herpich hat den Listennachfolger Tobias Schwalbe mit Schreiben vom 21.12.2023 verständigt und ihn zur Abgabe der Erklärung über die Annahme der Wahl aufgefordert; Herr Schwalbe hat mit Schreiben vom 23.12.2023 erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Er ist heute – zunächst als Zuhörer - in der Gemeinderatssitzung anwesend.

Der Listennachfolger kann das Amt ausüben, sobald er wirksam berufen ist, also sein Einverständnis und die Entscheidung des Gemeinderats vorliegen (aus: Büchner, Kommunalwahlrecht in Bayern, Art. 48 GLKrWG - Gemeindelandkreiswahlgesetz).

Rechtslage:

Eine in den Gemeinderat gewählte Person kann ihr Amt nicht antreten (Art. 48 GLKrWG)

1. bei Verlust der Wählbarkeit: Nicht wählbar ist, wer
 - vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
 - infolge deutschen Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
 - sich wegen einer vorsätzlichen Straftat in Strafhaft oder in Sicherungsverwahrung befindet.
2. bei Verweigerung der Eidesleistung oder des Ablegens des Gelöbnisses: Herr Schwalbe hat erklärt, den Eid oder das Gelöbnis nach Art. 31 Abs. 4 GO zu leisten.
3. in den Fällen des Art. 31 Abs. 3 GO (Ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder können nicht sein:
 - Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Gemeinde,
 - Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Verwaltungsgemeinschaft, der die Gemeinde angehört,
 - leitende Beamtinnen und Beamte sowie leitende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 % beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
 - Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Rechtsaufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Fragen der Rechtsaufsicht befasst sind, ausgenommen die gewählte Stellvertretung der Landrätin oder des Landrats,
 - ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder einer anderen Gemeinde,
 - die erste Bürgermeisterin oder der erste Bürgermeister der eigenen oder einer anderen Gemeinde,
 - eine Landrätin oder ein Landrat in einer kreisfreien Gemeinde,
 - eine Kreisrätin oder ein Kreisrat in einer kreisfreien Gemeinde.).

Beschluss 1:

Der Gemeinderat stellt fest, dass Herr Tobias Schwalbe als Listennachfolger in den Gemeinderat nachrückt. Ein Amtshindernis liegt nicht vor.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 02.01	Vereidigung des Gemeinderates Tobias Schwalbe
Lfd. Nr. 003	

Sachverhalt:

Als nachrückendes Gemeinderatsmitglied ist Herr Tobias Schwalbe gem. Art. 31 Abs. 4 GO in der öffentlichen Sitzung zu vereidigen. Den Eid nimmt Erster Bürgermeister Herpich ab.

Der Eid lautet wie folgt:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Erklärt ein Gemeinderatsmitglied, dass es aus Glaubens- oder Gewissensgründen keinen Eid leisten könne, so hat es an Stelle der Worte „ich schwöre“ die Worte „ich gelobe“ zu sprechen oder das Gelöbnis mit einer dem Bekenntnis seiner Religionsgemeinschaft oder der Überzeugung seiner Weltanschauungsgemeinschaft entsprechenden, gleichwertigen Beteuerungsformel einzuleiten.

Erster Bürgermeister Herpich vereidigt Herrn Gemeinderat Tobias Schwalbe und gratuliert ihm.

Gemeinderat Schwalbe nimmt am Sitzungstisch Platz.

TOP 03.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2023 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 004	

Sachverhalt:

Hinweis: Die Niederschrift ist dieser Beschlussempfehlung bis zur Genehmigung durch den Gemeinderat im RIS als Anlage beigelegt, ebenso der Aktenvermerk zur Bürgerfragestunde.

Beschluss 1:

In der Niederschrift vom 12.12.2023 (öff. Teil) ist im Diskussionsverlauf des TOPs 04 „Installation eines hauptamtlichen ersten Bürgermeisters oder einer hauptamtlichen ersten Bürgermeisterin / 1. Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts“ folgender Text ersatzlos zu streichen :
„Dieser Kostenvergleich wurde in der Sitzung nicht an 1. Bürgermeister Herpich verteilt und konnte somit nicht Grundlage der Debatte sein. Er ist der Verwaltung auf mehrmalige Anforderung hin digital erst am 22.12.2023 zugegangen.“

Abstimmungsergebnis: 11 : 2

Abstimmungsbemerkung:

Das Gemeinderatsmitglied Tobias Schwalbe enthält sich der Stimme.

Beschluss 2:

Die Niederschrift vom 12.12.2023 (öff. Teil) wird nach Maßgabe von Beschluss 1 zu diesem TOP genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Das Gemeinderatsmitglied Tobias Schwalbe enthält sich der Stimme.

TOP 04.	Neubesetzung von Sitzen und Stellvertretern in verschiedenen Ausschüssen
Lfd. Nr. 005	

Sachverhalt:

Der TOP wurde vertagt.

TOP 04.01	Neubesetzung Ausschussvorsitz Rechnungsprüfungsausschuss
Lfd. Nr. 006	

Sachverhalt:

Der TOP wurde vertagt.

TOP 04.02	Neubesetzung / Delegation eines Vertreters in zwei Abwasserverbänden etc.
Lfd. Nr. 007	

Sachverhalt:

Der TOP wurde vertagt.

TOP 05.	Umstellung der restlichen 150 Leuchten (Straßenbeleuchtung) auf LED
Lfd. Nr. 008	

Sachverhalt:

Die Stadtwerke Würzburg AG (WVV) haben mit Schreiben vom 21.08.2023 ein Angebot zur Nachrüstung und eine Aufstellung der 150 noch nicht mit LED Leuchtkörpern ausgerüsteten Straßenlaternen im Ortsgebiet Theilheim vorgelegt. Beide Dokumente liegen diesem TOP als Anlage bei.

Im diesem Zuge ließen sich jährlich ca. 40.000 kWh Strom, was 19 Tonnen CO2 entsprechen würde, einsparen. Bei den aktuellen Strombezugspreisen (ab 01.01.2024), würde dies einer Einsparung von 12.455,86 € brutto je Jahr entsprechen. Berechnungsgrundlage als Tabelle in der Anlage zu diesem TOP.

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass eine Umstellung ca. 2 – 3 Monate dauern würde. Nach Durchführung der Maßnahme ist eine Nachbegehung durchzuführen, um auszuschließen, dass die Leuchtkraft sich gegenüber der bisherigen Ausleuchtung nicht reduziert hat.

Er teilt weiter mit, dass die Farbtemperatur der LEDs so angepasst wurde, dass sie für Insekten weniger anziehend wirken; auf Wunsch des Gremiums könne eine Fachmeinung hierzu eingeholt werden.

Das vorliegende Angebot der WVV gilt, wenn es auf einmal umgesetzt werde.

Beschluss 1:

Dem Angebot der Stadtwerke Würzburg wird dem Grunde nach zugestimmt. Ein aktualisiertes Angebot ist nachzufordern. Die entsprechenden Mittel sind bei der Haushaltsplanung 2024 zu berücksichtigen.

Eine Vor-Ort-Inaugenscheinnahme einzelner Maststandorte wird empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Während der Beratung des TOPs ruft Erster Bürgermeister Herpich den im Zuhörerraum anwesenden XXXXXXXXX zur Ordnung und fordert ihn auf, die Störung Dritter durch laute Unterhaltung ab sofort zu unterlassen.

TOP 06.	Ergebnisse der Elternumfrage zur AWO Ferienbetreuung 2024
Lfd. Nr. 009	

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 07.11.2023, TOP 04 öffentlich Ferienbetreuung 2024, beschlossen:

Die Gemeinde fragt über das Mitteilungsblatt, Schule und Hort den Bedarf an einer Ferienbetreuung für 2024 ab: Anzubieten sind vier Betreuungswochen (davon eine Woche in den Pfingstferien, drei Wochen in den Sommerferien).

Der Gemeinderat entscheidet in seiner Sitzung voraussichtlich am 09.01.2024 auf Basis der eingegangenen Rückmeldungen, ob eine 4. Ferienbetreuungswoche bzw. welche Ferienbetreuungswochen konkret angeboten werden. Abstimmungsergebnis 13 : 0 für den Antrag.

Diese Maßnahmen sind erfolgt. Stand heute (08.01.2024, 12:00 Uhr) findet im Jahr 2024 keine Ferienbetreuung der Gemeinde statt, da kein Buchungszeitraum auch nur annähernd die

Mindestbelegungszahl von 15 Teilnehmenden erreicht.

Die aktuelle Auswertung vom 08.01.2024 liegt diesem TOP als Anlage bei.

Erster Bürgermeister Herpich wird die Interessensbekundungen an die AWO weiter geben.

TOP 07.	Übernahme der Trägerschaft der Nachbarschaftshilfe (NBH) durch die Gemeinde
Lfd. Nr. 010	

Sachverhalt:

Der Gemeinderat und der Ausschuss für Soziales und Kultur haben sich bereits zweimal in öffentlicher Sitzung mit der Situation der Nachbarschaftshilfe befasst – die Beschlussbuchauszüge vom 12.09.2023 und 24.10.23. sind diesem TOP als Anlage beigefügt.

Nachdem sich die bisher gemachten Vorschläge als nicht praktikabel (Vereinsgründung) oder nicht zielführend (Verschmelzung mit den verschiedenen Seniorennachmittagen) herausgestellt haben, besteht nun Handlungsbedarf. Das Hauptanliegen des Helferteams, der Versicherungsschutz, wurde nach wie vor nicht gelöst. Durch das Ausscheiden der bisherigen Leiterin der Nachbarschaftshilfe zum 31.12.2023, muss hier eine Lösung gefunden werden.

Auszug aus dem hier als Anlage beigefügten Antrag der Nachbarschaftshilfe vom 15.11.2023

Die Nachbarschaftshilfe Theilheim hat ein funktionierendes Gerüst – doch das Fundament fehlt. Ausgehend von unserem Treffen am 15.11.23 stellen wir deshalb hiermit einen

Antrag zur Übernahme der Trägerschaft der Nachbarschaftshilfe (NBH) durch die Gemeinde

Für das Fortbestehen der NBH ist vor allen anderen Schritten die Trägerschaft durch die Gemeinde Theilheim nötig.

Warum eine Trägerschaft durch die Gemeinde? Was heißt das konkret für die Gemeinde?

- Die Gemeinde wäre Ansprechpartner während der Bürozeiten, darüber hinaus gibt es eine Privatperson aus der NBH mit Nummer (Anrufbeantworter?) zum Abdecken anderer Zeiten und generell zur allgemeinen Entlastung der Gemeinde
- Kontoeröffnung für die NBH (für Spenden, für Anschubfinanzierung, um Öffentlichkeitsarbeit wie Flyer etc. zu ermöglichen)
- Die Akzeptanz der NBH im Ort ist sowohl für Hilfesuchende als auch für Helfer höher, wenn die Gemeinde als offizieller Träger hinter der NBH steht.
- Falls ein Versicherungsfall eintritt, ist die Abwicklung über die Ehrenamtsversicherung leichter, wenn es sich um einen offiziellen Träger des Ehrenamts handelt.
- Klärung der Versicherungsfragen: Wie kann Versicherungsschutz für Helfende ermöglicht werden, z.B. über die kommunale Unfallversicherung? Haftpflicht? KFZ? Diese Versicherungsfragen sind von der Gemeinde zu klären.
 - o Bsp. Margetshöchheim: KFZ und Haftpflichtversicherung für Helfende besteht

Wenn diese Fragen geklärt sind und eine Trägerschaft durch die Gemeinde befürwortet wird, will die Nachbarschaftshilfe den Bekanntheitsgrad der Initiative erhöhen, präsenter im Ort werden, weitere Helfende anwerben und damit das Team vergrößern.

Diskussionsverlauf:

Erster Bürgermeister Herpich nimmt zu Anfragen aus dem Gremien wie folgt Stellung:

- Zur Kontoführung: Eine Person muss die Verantwortung für das Konto der Nachbarschaftshilfe tragen, eine Rechenschaftsprüfung ist erforderlich.
- Eine Vereinsgründung ist nicht erforderlich.
- Die Mitarbeiter/innen der Nachbarschaftshilfe sind ehrenamtlich für die Gemeinde tätig, die Nachbarschaftshilfe wird von der Gemeinde angeboten.

Es wird darum gebeten, dass kein „Bürokratiemonster“ entsteht, die Nachbarschaftshilfe sollte so einfach wie möglich geführt werden. Wichtig sei der Nachbarschaftshilfe zunächst die Erstellung eines Flyers (mit Kostenübernahme durch die Gemeinde) und ein eigenes Konto.

Beschluss 1:

Der Antrag zur Übernahme der Trägerschaft der Nachbarschaftshilfe (NBH) durch die Gemeinde Theilheim wird befürwortet.

Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

TOP 08.	Antrag XXXXX: Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen im Mitteilungsblatt der Gemeinde
Lfd. Nr. 011	

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 29.10.2023, stellt XXXXXX verschiedene Anträge an den Gemeinderat. Festzustellen ist, dass es sich hierbei nicht um Anträge, sondern um Petitionen an den Gemeinderat handelt. Das Schreiben ist diesem TOP als Anlage beigefügt.

Beim o.g. Schreiben des XXXXXX vom 29.10.2023 mit drei Anträgen an den Gemeinderat handelt es sich, da er kein Gemeinderatsmitglied ist, um Petitionen (= Eingaben oder Beschwerden) an den Gemeinderat i. S. d. Art. 56 Abs. 3 GO. Der Gemeinderat ist für deren Behandlung jeweils dann zuständig, wenn er für die betreffende Angelegenheit nach Art. 29 GO zuständig ist, anderenfalls ist der erste Bürgermeister für deren Behandlung im Rahmen von Art. 37 GO zuständig.

Denn Art. 56 Abs. 3 GO ändert nicht die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Gemeinde zwischen Gemeinderat und erstem Bürgermeister; der Gemeinderat kann die beim ersten Bürgermeister liegende Zuständigkeit für die Behandlung der Petition daher auch nicht an sich ziehen (Widtmann/Grasser/Glaser, 33. EL April 2023, GO Art. 56 Rn. 58).

Ist für die Behandlung der Petition der Gemeinderat inhaltlich zuständig, so ist eine beschlussmäßige Behandlung durch den Gemeinderat erforderlich (a. a. O., Art. 56 GO Rn. 59). Da jedoch der Petent als außenstehende Person kein Antragsrecht im Gemeinderat hat und ihm ein Antragsrecht auch nicht durch Beschluss des Gemeinderats im Einzelfall eingeräumt werden kann, erfolgt eine Beschlussfassung nicht über die Petition des Antragstellers, sondern über den

Antrag des ersten Bürgermeisters (bzw. einem von ihm beauftragten ehrenamtlichen oder berufsmäßigen Gemeinderatsmitglied), der sich inhaltlich mit der Petition befasst (d. h. Antragstellung an den Gemeinderat die Petition zu befürworten oder sie ganz- oder teilweise abzulehnen) (a. a. O.).

Die ersten beiden Petitionen des XXXXXXX, zu den Themen Bürgermeistersprechstunde und Ehrungen für Bürger, liegen eindeutig im Zuständigkeitsbereich des ehrenamtlichen 1. Bürgermeisters (vgl. Art. 46 Abs. 1 Satz 1 GO) und würden dessen hauptberuflichen Tätigkeit außergebührlich beschneiden.

Die dritte Petition des XXXXXXX legt Erster Bürgermeister Herpich hiermit dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor.

Diese lautet: *Der Gemeinderat möge beschließen, dass zukünftig die Protokolle der Gemeinderatssitzungen und seiner Ausschüsse im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden.*

Hierzu ist folgendes anzumerken:

1. Das Mitteilungsblatt der Gemeinde Theilheim ist kein Amtsblatt.
2. Die verteilte Auflage des Mitteilungsblatts beträgt 1.030 Exemplare.
3. Die Kosten für den Druck des Mitteilungsblattes im September 2023 (exemplarisch) betrugen 1.567,55 Euro brutto. Die im Veröffentlichungszeitraum hier nach Auffassung des Petenten zu Veröffentlichung anfallenden Niederschriften, (Seitenzahl jeweils in Klammern: Gemeinderat (28), Grundstücks- und Bauausschuss (13) und Bauausschuss KiTa (12), hätten die Kosten des Mitteilungsblattes mit zusätzlichen 2.207,45 Euro brutto mehr als verdoppelt. (Bruttokosten: Eine Seite s/w = 41,65 Euro).
4. Die Zahl der Abonnenten des sog. Protokolldruckservices liegt unverändert bei 21. Die ausgedruckten Niederschriften werden in der Regel zusammen mit dem Mitteilungsblatt verteilt. Dadurch entstehen keine zusätzlichen Kosten. Die rechnerischen Kosten (7 Cent je Kopie) liegen bei 77,91 € gesamt. Bei Durchsicht der Abonnentenliste ist allerdings auffällig, dass mindestens ein Drittel der Bezieher über einen Internetzugang verfügt.
5. Die Umfrage zum Lese- / Nutzungsverhalten des Mitteilungsblattes aus der Dezemberausgabe 2023 hat ergeben, dass 93,75% das Mitteilungsblatt regelmäßig lesen. Allerdings war die Rücklaufquote zu dieser anonymen Umfrage, mit 4,66 % äußerst gering.
6. Eine verkürzte, „redaktionelle Zusammenfassung“ der Niederschriftsinhalte, kommt aus rechtlichen Gründen nicht in Frage.

Diskussionsverlauf:

- Auf Anfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass dem Petenten keine Niederschriften vorenthalten werden. Protokolle werden erst dann veröffentlicht und über den Protokolldruckservice verteilt, wenn sie vom Gemeinderat bzw. vom jeweiligen Ausschuss genehmigt wurden: Zwischen einer Sitzung und der Genehmigung der Niederschrift liegen oftmals längere Zeitabstände, insbesondere bei Ausschusssitzungen. Der Petent erhält alle Protokolle gegen Zustellnachweis. Aus Datenschutzgründen wird das Mitteilungsblatt nur noch auf die Dauer von 3 Monaten auf der Homepage veröffentlicht: Das liegt daran, dass das Mitteilungsblatt personenbezogene Informationen enthalte.
- Die Antwortquote in der Umfrage sei mit „gut“ zu bewerten. Ein Gemeinderatsmitglied stellt fest, dass 70 % der Teilnehmer an der Umfrage gerne mehr Informationen hätten. Ein anderes Gemeinderatsmitglied weist darauf hin, dass nur Haushalte, nicht Einzelpersonen, an der Umfrage teilnehmen konnten.
- Die durchgeführte Umfrage war nicht repräsentativ.

- Aus dem Gremium heraus wird festgestellt, dass es sehr zeitaufwendig ist, eine gute Zusammenfassung einer Sitzung zu schreiben. Der Gemeinderat müsse sich dann auch noch mit den zusammengefassten Protokollen beschäftigen, darüber beraten und abstimmen. Davor könne nur gewarnt werden.
- Im Hinblick auf die Petition müsse die Frage erlaubt sein: Leben wir im digitalen Zeitalter oder nicht?
- Es wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt mit dem zugehörigen Beschluss zu veröffentlichen. Alternativ könnte auch nur die Tagesordnung, versehen mit QR-Code und Verweis auf das Ratsinformationssystem im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden.
- Ein digitaler Bezug des Mitteilungsblattes per Mail ist aus Datenschutzgründen problematisch: Dazu müsste die jeweilige Mailadresse aller Abonnenten der Gemeinde vorliegen.
- Auf die Möglichkeit einer Gemeinde-App wird hingewiesen.

Beschluss 1:

Der Antrag des Petenten wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Dem Gemeinderat ist die Empfehlung des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, zum Datenschutz bei kommunalen Mitteilungsblättern zu übersenden.

TOP 09.	Antrag der Fraktion "SPD und PB": Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen im
Lfd. Nr. 012	Mitteilungsblatt der Gemeinde

Sachverhalt:

Auf den Sachvortrag zum Tagesordnungspunkt 08 wird verwiesen.

Diskussionsverlauf:

Der Antragssteller, der regelmäßig von verschiedenen Personen zu dem Thema angesprochen werde, begründet seinen Antrag mit der Pflicht der Kommune zur Information: Es sollten nur die Beschlüsse des Gemeinderates und seiner Ausschüsse veröffentlicht werden, damit könne es keine Probleme mit dem Datenschutz geben.

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass im Bürgerinformationssystem ca. 300 Downloads der Niederschriften festzustellen sind. Daneben besteht das Angebot an ältere Mitbürger zum Protokolldruckservice, dass der Seniorenbeauftragte Herr Hofmann immer wieder offeriere.

Aus dem Gremium wird festgestellt, dass eine reine Veröffentlichung nur der Beschlüsse die Kosten für das Mitteilungsblatt deutlich reduziere.

In anderen Kommunen würde eine Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen unterschiedlich gehandhabt:

- Randersacker & Rottendorf: gesamte Niederschriften
- Gerbrunn, Eibelsstadt, Bütthard: Ratsinformationssystem
- Andere Kommunen bieten Zwischenformen an (z. B. verkürzte Protokolle).

Nachdem in der Diskussion deutlich wird, dass eine Veröffentlichung im beantragten Umfang nicht mehrheitsfähig ist, wohl aber eine Veröffentlichung der Tagesordnungen, ändert der Antragssteller seinen Antrag wie folgt:

„Der Gemeinderat beschließt, ab der nächsten Mitteilungsblatt-Ausgabe, die Tagesordnungen der zur Verfügung stehenden Sitzung-Niederschriften des Gemeinderats und der Ausschüsse im Mitteilungsblatt abzdrukken und auf den Druck-Service und die Download-Möglichkeit im Bürgerinformationssystem zu verweisen.“

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, ab der nächsten Mitteilungsblatt-Ausgabe, die Tagesordnungen der zur Verfügung stehenden Sitzung-Niederschriften des Gemeinderats und der Ausschüsse im Mitteilungsblatt abzdrukken und auf den Druck-Service und die Download-Möglichkeit im Bürgerinformationssystem zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 10.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 013	

TOP 10.01	Information: Vergabe Streusalzsilos Winterdienst
Lfd. Nr. 014	

Sachverhalt:

Aufgestellt am 19.12.2023, befüllt am 21.12.2023

Ansatz im Haushaltsplan 2023 75.000 €

Kosten:

Honorarkosten, Architektenforum Ochsenfurt

Genehmigungsplanung, Ausschreibung, Bauüberwachung 5.169 €

Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn Liefern und Aufstellen des Streusalzsilos
(Schlussrechnung ungeprüft) 30.809 €

Fa. Florian Wallrapp, Theilheim Fundamentarbeiten
(laut Angebot, Rechnung liegt noch nicht vor) 16.763 €

Gesamt: 52.741 €

Das Streusalzsilos hat ein Fassungsvermögen von 28 m³ = 33,6 to. Es wurde von den Südwestdeutschen Salzwerken mit einem Zug Auftausalz = 25,5 to zum Preis von 2.941 € befüllt. Betrachtet man die letzten recht milden Winter, reicht dieser Vorrat für ca. 2 Jahre.

TOP 10.02	Information: Kommunale Wärmeplanung
Lfd. Nr. 015	

Sachverhalt:

Die Kommunale Wärmeplanung schreibt vor, dass alle Gemeinden bis Ende Juni 2028 ein kommunales Wärmekonzept vorlegen müssen. Um in den Genuss der „Startförderung“ von rund 30.000 € (90 bis 100%) hat die Gemeinde einen Vertrag mit der Energie Agentur Unterfranken e.V., einer Initiative der Regierung von Unterfranken geschlossen.

Mitten im Online-Antragsverfahren wurde der Antragsserver bei BMWI abgeschaltet. Dies ist vermutlich eine direkte Auswirkung der Haushaltssparmaßnahmen der Bundesregierung aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 16.11.2023.

Wann und ob das Förderverfahren wieder aufgenommen wird, steht derzeit in den Sternen.

Weitere Maßnahmen, wie z.B. die 2. Phase der Breitbandförderung zum Glasfaserausbau 2.0 (Graue Fleckenprogramm / Gigabit-RL 2.0) liegen derzeit auf Eis.

TOP 10.03	Information zum Legionellenbefall in der Jakobstalhalle
Lfd. Nr. 016	

Sachverhalt:

- Die Gemeinde ist aufgrund der Bestimmungen der Trinkwasserverordnung verpflichtet, in der Jakobstalhalle regelmäßig Untersuchungen in punkto Legionellen durchzuführen.
- Am 17.10.2023 fand eine Wasserprobenentnahme durch das Labor Sulzfeld der Fernwasserversorgung Franken statt. Es wurden 3 Proben gezogen, 2 direkt am Warmwasserboiler im Heizraum und eine im Behinderten-WC.
- Der Bericht des Labors geht automatisch an das Gesundheitsamt Würzburg. Die Gemeinde wurde nun mit Schreiben vom 31.10.2023 aufgefordert, im Wasserversorgungsbereich der Jakobstalhalle weitere Untersuchungen durchzuführen und von einem Fachbüro eine schriftliche Risikoabschätzung erstellen zu lassen.
- Daraufhin wurden sämtliche Wasserleitungen in der Jakobstalhalle kräftig gespült und durch das Labor Sulzfeld in der Halle am 14.11.2023 insgesamt 6 neue Wasserproben genommen und ausgewertet. Erhöhte Werte wurden nun an 2 Waschbecken in den Duschen festgestellt, woraufhin deren Sperrung erfolgte.
- Zwischenzeitlich ist der alte Warmwasserboiler, der leckgeschlagen war, ausgetauscht worden. Die Warmwasseraufbereitungsanlage wurde nun auf 65° hochgefahren und die gesamte Wasserleitung erneut gespült.
- Am 05.12.2023 wurden an denselben Wasserentnahmestellen wie vom 14.11.2023 erneut Wasserproben entnommen. Es wurde eine deutliche Abnahme der Legionellenzahl festgestellt. Allerdings entsprechen die Werte weiterhin nicht den Vorgaben der Trinkwasserverordnung, weshalb die Sperrung der Duschen bis auf Weiteres aufrechterhalten bleibt.
- In Sachen der vom Gesundheitsamt verlangten Risikoabschätzung fand am 22.12.2023 mit einem Fachbüro eine Begehung statt.
- Der Termin vom 22.12.2023 hat ergeben, dass das Warmwasser bezüglich Legionellen unproblematisch ist und die Legionellenbildung im Bereich der Duschen im Kaltwasser stattfindet.

Es muss nun der Bericht zur Gefährdungsbeurteilung, der Handlungsempfehlungen für die Gemeinde beinhalten wird, abgewartet werden. Dieser wird nicht vor Ende Januar 2024 vorliegen.

Diskussionsverlauf:

Aus dem Gremium wird auf die Möglichkeit hingewiesen, Filter aufzuschrauben.

TOP 10.04	Information - Kostenvergleich zum TOP "Installation eines hauptamtlichen Bürgermeisters"
Lfd. Nr. 017	in der Sitzung vom 12.12.2023

Sachverhalt:

Der Kostenvergleich wurde nochmals geprüft, die Berechnungen der Verwaltung sind korrekt.

Die Berechnungen von 3. Bürgermeister Endres wurden ebenfalls geprüft. Dazu gibt es folgende Anmerkungen:

- Für die mtl. Entschädigung der **ehrenamtlichen Bürgermeister** gibt es Rahmensätze, die sich nach der Höhe der Einwohner in der Gemeinde richten (Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 und 3 KWBG). Die Berechnung der Verwaltung basiert auf der aktuellen tatsächlichen Festsetzung, die Berechnung ist entgegen der Anmerkung fehlerfrei.
Die Berechnung des Dritten Bürgermeisters ist nur rechnerisch fehlerfrei, basiert jedoch auf rechtlich nicht nachvollziehbaren Annahmen zur späteren Steigerung des Entschädigungsrahmens.
- Vorgenanntes gilt auch für die Berechnung des Gehalts des **hauptamtlichen Bürgermeisters**.
- Unterschiedlich beim Orts- und Familienzuschlag wurde von abweichenden Familienständen ausgegangen (Verwaltung: verheiratet, 3. Bgm.: verheiratet und 2 Kinder).
- Dienstaufwandsentschädigung: Auch hier wurde von zulässigerweise unterschiedlichen Werten ausgegangen: Die Verwaltung ermittelte die Dienstaufwandsentschädigung auf Basis Mittelwert, der Dritte Bürgermeister auf Basis Höchstwert.

TOP 10.05	Information: Zeitweise Überlassung der Parkflächen an der Jakobstalhalle an das Autohaus Henneberger
Lfd. Nr. 018	

Sachverhalt:

In einem Gespräch vom 05.01.2024 mit der Geschäftsführung des örtlichen Autohauses Henneberger, hat Erster Bürgermeister Herpich gestattet, dass das Autohaus wegen kurzfristig hoher Fahrzeuglieferzahlen, für einen Zeitraum von circa sechs bis acht Wochen, auf den Seitenstreifen des Parkplatzes an der Jakobstalhalle, zwischenparken darf.

TOP 10.06	Information: Immobilie Randersackerer Straße 1 zur Unterbringung von Geflüchteten
Lfd. Nr. 019	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich gibt die anliegende Stellungnahme des Landratsamtes Würzburg vom 20.12.2023 bekannt.

TOP 10.07	Information: Nächste Gemeinderatssitzung
Lfd. Nr. 020	

Sachverhalt:

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 05.02.2024 statt.

TOP 11.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 021	

TOP 11.01	Fragen aus dem Gemeinderat: Ausübung des Vorkaufsrechts für ein Grundstück in unmittelbarer Rathausnähe?
Lfd. Nr. 022	

Sachverhalt:

Der Grundstückseigentümer hat um baldmöglichste Ausstellung des Negativzeugnisses gebeten, sofern die Gemeinde Theilheim ein ggfs. bestehendes Vorkaufsrecht nicht ausübt.

Erster Bürgermeister Herpich wird den Vorgang überprüfen, meint jedoch, dass der Vorgang bereits im Grundstücks- und Bauausschuss behandelt wurde; es liegt nach seiner Erinnerung keine Vorkaufsrechtsanfrage vor.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
GLBin